

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach 1204 08  
Telefon (02 28) 21 90 33/39  
Telex 08 88 846 ppbn d

## Inhalt

Entschießung des SPD-  
Parteirates: Die Bundes-  
republik Deutschland am  
Scheideweg. Seite 1

Dieter Haak MdL, NRW-Mi-  
nister für Bundesangele-  
genheiten: Genscher will  
mit Kohl und Strauß die  
soziale Demontage.  
Seite 3

Klaus Matthiesen MdL zum  
Wahlsieg der schwedischen  
Sozialdemokraten: Machen  
wir's den Schweden nach.  
Seite 5

Helmuth Möhring MdB wür-  
digt den Traditionser-  
laß der Bundeswehr:  
Brücke zwischen Gene-  
rationen.  
Seite 6

Klaus Daubertshäuser MdB  
wendet sich gegen Polemik  
aus der Bauwirtschaft:  
Nur Sachpolitik gilt.  
Seite 7

Kurt Nemitz erinnert an  
den 40. Todestag von  
Julius Moses: Arzt und  
Politiker.  
Seite 8

37. Jahrgang / 178

20. September 1982

Die Bundesrepublik Deutschland am Scheideweg

Entschießung des Parteirates der SPD am 19. September 1982

Der Parteirat dankt Bundeskanzler Helmut Schmidt für die politische Initiative, die er mit seiner großen Rede am 17. September 1982 im Deutschen Bundestag ergriffen hat. Er dankt ihm zugleich, daß er bereit ist, die SPD in die Neuwahlen, um die wir kämpfen, zu führen.

I.

Eine Mehrheit der Führung der FDP hat ihr Wahlversprechen für 1980 gebrochen, Genscher wörtlich: "Wer FDP wählt, garantiert, daß Helmut Schmidt Bundeskanzler bleibt. Wir wollen die sozial-liberale Koalition als verlässliche und faire Partner fortführen, wir sind dabei zugleich die Garanten dieser partnerschaftlichen Zusammenarbeit. Die Entscheidung über uns ist die Entscheidung über die Fortführung der Koalition." Das war im Juni 1980. Heute will die FDP Bundeskanzler Helmut Schmidt stürzen und Helmut Kohl an seine Stelle setzen. Durch Neuwahlen jetzt - wie dies Bundeskanzler Helmut Schmidt vorgeschlagen hat - müssen die Wählerinnen und Wähler selbst über den weiteren Weg unseres Landes entscheiden. Eine große Mehrheit des Volkes steht hinter diesem Vorschlag.

Es gibt zahllose Erklärungen und Forderungen aller führenden Persönlichkeiten der CDU/CSU: Neuwahlen jetzt.

Bundeskanzler und die SPD haben den Weg zu Neuwahlen eröffnet. Wenn die CDU/CSU Neuwahlen jetzt ablehnt, dann wird das der erste Bruch an Glaubwürdigkeit nach dem Ende der sozial-liberalen Koalition.

Die Ehrlichkeit gebietet es, den Bürger selbst entscheiden zu lassen, wem er die Mehrheit geben will, anstatt eine "neue Mehrheit" herbeizutaktieren und Neuwahlen zum politischen Handelsobjekt zu machen. Selbst ein großer Teil der Wählerschaft der CDU hält Helmut Schmidt für den geeigneten Staatsmann an der Spitze der deutschen Regierung. Die Eile, in der Helmut Kohl zusammen mit Genscher den Weg des kon-

struktiven Mißtrauensvotums gehen will, zeugt von seiner Unsicherheit, auch hinsichtlich des Rückhalts in der eigenen Partei.

In der Wählerschaft insgesamt gibt es eine Mehrheit, die den gesellschaftspolitischen Rückschritt ablehnt. Es ist jetzt die historische Aufgabe der Sozialdemokratie, diese Mehrheit bei sich zu sammeln und auch dem Gedanken des sozialen Liberalismus eine Heimat zu sein.

## II.

Der von Kohl, Genscher und Lamsdorff vorgeschlagene neokonservative Weg in die Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik bürdet die Lasten der Krise allein den Arbeitnehmern, den Rentnern, den Mietern und den sozial Schwächsten auf und begünstigt die Vermögenden. Diese Rezeptur hat andere Volkswirtschaften in den wirtschaftlichen Niedergang getrieben und die Weltwirtschaft an den Rand einer Depression gebracht.

Die Wiedererlangung der Vollbeschäftigung erfordert Opfer von allen, die Arbeit und Einkommen besitzen. Diese Beiträge sind besonders von denen gefordert, die höhere und Höchsteinkommen haben. Sozialdemokraten treten für eine zeitlich begrenzte Ergänzungsabgabe für die höheren Einkommensgruppen ein, um damit wirksame Maßnahmen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit konjunkturgerecht zu finanzieren und auch die Besserverdienenden an den gemeinsam zu tragenden Lasten zu beteiligen. Einer Politik, die auf Spaltung der Gesellschaft und Klassenkampf von oben hinausläuft, stellen Sozialdemokraten in Übereinstimmung mit der deutschen Gewerkschaftsbewegung die Solidarität der Starken mit den Schwachen gegenüber.

## III.

Die sozial-liberale Koalition hat ein weltweit anerkanntes Kapitel deutscher Außenpolitik geschrieben. Sie hat in den 70er Jahren den Frieden in unserem Teil der Welt sicher gemacht, den Weg zur Versöhnung mit unseren östlichen Nachbarn geebnet und das Gewicht der Bundesrepublik - auch im eigenen Bündnis - beträchtlich erhöht. Sie hat unser Land aus der Gefahr der Isolation herausgeführt, in der es durch engstirnige Politik der Unionsparteien geraten war.

Wer in Bonn die Regierungsverantwortung trägt, wird daran gemessen werden, ob unser Land sein internationales Gewicht wahren und womöglich weiter stärken kann oder ob es sich wieder darauf verläßt, daß seine Interessen von den Verbündeten wahrgenommen werden. Es würde dann aufhören, eine eigene aktive Rolle in der Friedenssicherung zu spielen.

Die deutschen Sozialdemokraten bekennen sich zur Fortführung der Entspannungspolitik. Sie treten für ein entschlossenes Bemühen um neues Vertrauen zwischen Ost und West ein. Nur wenn der politische Wille zur Zusammenarbeit wieder wächst, hat die Rüstungsbegrenzung eine Chance. Jeder deutsche Bundeskanzler hat die Pflicht, das Menschenmögliche zu tun, damit auf deutschem Boden keine weiteren Raketen stationiert zu werden brauchen; die Sozialdemokratie steht zu ihren Beschlüssen des Münchner Parteitags.

Die Sozialdemokraten unter Führung von Willy Brandt und Helmut Schmidt standen und stehen für selbstbewußte Vertretung deutscher Interessen und gleichzeitig für freundschaftliche Zusammenarbeit. Sie haben sich damit in aller Welt Achtung und Respekt erworben, die unserem Land zugute gekommen sind. Helmut Kohl hat gezeigt, daß von ihm eine Fortführung dieser Politik nicht erwartet werden kann. Standpunktlosigkeit gegenüber den Verbündeten und ängstliche Initiativlosigkeit gegenüber dem Osten würden der Bundesrepublik schlecht bekommen. Unser Land steht am Scheideweg. (-/20.9.1982/ks/ca)

\* \* \*



Machenschaften  
-----

Genscher will mit Kohl und Strauß die soziale Demontage

Von Dieter Haak MdL

Minister für Bundesangelegenheiten des Landes Nordrhein-Westfalen

Mitglied des SPD-Vorstandes

Nicht allein der Bruch der Bonner Regierungskoalition, sondern mehr noch Art und Weise der Scheidungsvorbereitungen durch die Freien Demokraten machen betroffen. Im Grunde begann sich die Trennungsstrategie führender Liberaler bereits bei den Koalitionsverhandlungen nach den Bundestagswahlen des Jahres 1980 abzuzeichnen. Eben noch mit dem Slogan "Mit Helmut Schmidt und Hans-Dietrich Genscher gegen CDU/CSU" auf dem Trittbrett der Kanzlerpopularität zu einem üppigen Zehn-Prozent-Wahlergebnis gelangt, begann die Wende, die Abwendung von eigenen politischen Wertvorstellungen, ausgedrückt in den Freiburger Thesen.

Plötzlich schien nicht mehr opportun, was noch im Bundestagswahlkampf den Wählern als liberale Politikvorstellung vorgegaukelt wurde. Genscher, Lambsdorff und Scheel setzten die scheinbar plausible Formel von den schwindenden Gemeinsamkeiten in die Welt, um so ihre These von dem Bündnis auf Zeit zu untermauern. Vergessen war, daß sozial-liberale Reformpolitik a la 1969 als dauerhafter Prozeß, als immerwährende Aufgabe gedacht war. Karl-Hermann Flach und Werner Mayhofer schien Voraussetzung für eine derartige Politik noch das historische Bündnis zwischen Arbeitnehmerschaft und Bürgertum zu sein.

An der Richtigkeit dieser Einschätzung hat sich nichts geändert; sozialer Konsenz ist nach wie vor unabdingbare Grundlage für eine aufgeklärte Reformpolitik als Gegensatz zu einer auf Erhaltung und Festschreibung bestehender Zustände gerichteten Politik konservativer Erstarrung.

In der SPD hat der Wendekurs zwangsläufig zu unheilvollen Spannungen geführt, die aus Genschers Sicht durchaus gewollt waren, konnte doch damit bei Bedarf als Absprungalibi Uneinigkeit und Handlungsunfähigkeit des Partners der Öffentlichkeit präsentiert werden. Die Folgen für die SPD sind nur zu deutlich geworden: drohender Identitätsverlust, dramatische Sympathieeinbußen bei Wählern und Mitgliedern. Enttäuscht waren von unserer Partei vor allem zwei Wählergruppen:

- kritische junge Menschen, die die von Genscher & Co. erzwungene Aufgabe des Reformkurses nicht mit vollziehen wollten und



- Arbeitnehmer, die entschiedene Maßnahmen der Regierung gegen die Massenarbeitslosigkeit erwartet hatten.

Daß die von Genscher und Lambsdorff bestimmte FDP gerade in diesen beiden Politikfeldern entscheidender Hemmschuh war, beginnt seit wenigen Monaten der Öffentlichkeit klar zu werden.

Bis zum Äußersten hat Helmut Schmidt versucht, sozial-liberale Politik zu retten. Siegesgewißheit mag Hans-Dietrich Genscher in den letzten Wochen verleitet haben, mehr oder weniger unverblümt bei verschiedenen Gelegenheiten vertraulich über seine Strategien zu sprechen. Im "sozialen Schwitzkasten" glaubte er Helmut Schmidt zu haben, "weichgekocht" werden sollte der Bundeskanzler bis zur Resignation; über die neuen Haushaltsverhandlungen schien der Bruch leicht programmierbar, den im November ein gutgläubiger Parteitag billigen und legalisieren sollte. Diese Rechnung wurde ohne den Wirt gemacht.

In der FDP gibt es Widerstand der Sozialliberalen, die wie wir an Erfolg und Richtigkeit des 1969 eingeschlagenen gemeinsamen Weges glauben. Die SPD wird sozial-liberale Politik fortsetzen und da wo notwendig neu formulieren. Bei der Hessen-Wahl am 26. September 1982 jedenfalls bleibt nur die SPD als Garant sozial-liberaler Politik.

Wer den fortschrittlichen Kräften in der FDP helfen will, Genschers Wende zum Neokonservatismus zu überwinden, kann nur die SPD wählen. Graf Lambsdorff hat mit seinem Grundsatzpapier, das als Scheidungsbrief an die SPD gedacht war, unübersehbar gezeigt, wohin der Zug gehen soll: Drastische Senkung des Arbeitslosengeldes, Streichung des Mutterschaftsgeldes, Verringerung des Jugendarbeitsschutzes, Streichung des Schüler-BaFÖG, Heraufsetzung der Lebensarbeitszeit auf der einen Seite und Steuerbefreiung und Gewinnerhöhung für Unternehmer auf der anderen Seite. Mit den Kernpunkten der neuen FDP-Politik sollte zugleich der Union das künftige Bündnis schmackhaft gemacht werden.

Gemeinsam in einer neuen Bundesregierung mit einem Bundeskanzler Helmut Kohl unter dem Hintermann Franz Josef Strauß will Genscher FDP und Union auf den neuen Kurs der sozialen Demontage trimmen. Helmut Kohl, der sich anschickt entgegen vielen Versprechungen und Bekenntnissen zu sofortigen Neuwahlen, Bundeskanzler Helmut Schmidt durch ein Mißtrauensvotum abzulösen, wird mit dieser Lüge leben müssen.

(-/20.9.1982/ks/oa)

+ + +



Machen wir's den Schweden nach!  
-----

Zum Wahlsieg der schwedischen Sozialdemokraten

Von Klaus Matthiesen MdL

Mitglied des SPD-Vorstandes

Vorsitzender der SPD-Fraktion im Landtag von Schleswig-Holstein

Die schwedischen Sozialdemokraten sind wieder da. Ob jetzt CDU-Chef Kohl noch einmal - wie 1979 - dazu auffordert: Machen wir's den Schweden nach? Damals versuchten die bürgerlichen Parteien Schwedens den Wechsel, bejubelt von den Konservativen hierzulande, in ein Indiz für eine beinahe weltweite Trendwende unzumünzen.

Die bürgerlichen Parteien haben gerade sechs Jahre durchgehalten. Vier Regierungen waren notwendig, die Sozialdemokraten von der Verantwortung fernzuhalten. Jetzt ist dieses Kapitel abgeschlossen.

Den bürgerlichen Parteien ist zugute zu halten, daß es heute jede Regierung in einem Industriestaat wegen der weltweiten Rezession schwer hat. Doch der Erfolg ist den Sozialdemokraten nicht in den Schoß gefallen. Sie haben ihre Oppositionsrolle nach 40 Jahren Regierungszeit angenommen, hart und konstruktiv gearbeitet, und waren programmatisch wie personell jederzeit in der Lage, verantwortlich Regierungsarbeit zu leisten. Ihre Stärke auf nationaler Ebene entspricht dazu ihrer Verankerung in den Kommunen. Die Arbeit vor Ort hat sich jetzt bezahlt gemacht.

Will sagen, Herr Kohl: Wenn Sie es diesmal mit den Wacklern und Wechslern schaffen sollten - wir machen es gern den Schweden nach! (-/20.9.1982/ks/rs)

+ + +



## Brücke zwischen Generationen

-----  
Traditionsbewußtsein als Hilfe für Soldaten

Von Helmuth Möhring MdB

Mitglied des Verteidigungsausschusses des Deutschen Bundestages

Wenn, wie die neuen Richtlinien von Verteidigungsminister Hans Apel voranstellen, Tradition die Generationen verbindet und eine Brücke zwischen Vergangenheit und Zukunft schlägt, sind in besonderem Maße auch unsere Reservisten der Deutschen Bundeswehr angesprochen. Sie sind Wissende um Probleme der Vergangenheit, waren oft genug Leidtragende eines Kreuzfeuers unsachlicher Kritik, Diffamierung und Unverständnis, sie sind wegen ihrer Erfahrungen Mahnende an eine sorgloser werdende Jugend von morgen und sie sind für das Heute zuverlässige "Mitbürger im Reservistenrock" und damit notwendiger Teil unserer Bundeswehr.

Der Bundeswehrreservist, der wegen seines Lebensalters seine Erfahrungswurzeln nicht mehr in der Hitlerdiktatur hat, sondern aufgewachsen ist in und mit unserer freiheitlichen demokratischen Gesellschaftsordnung, wird die Erhaltung dieser Lebensform als höchste Pflicht und Aufgabe ansehen können, wenn ihm ihre Werte bewußt bleiben.

Traditionsbewußtsein und Traditionspflege können ihm wertvolle Hilfen bei der schweren Aufgabe sein, durch Bereitschaft und Kampffähigkeit seinen Friedensbeitrag zu leisten.

Der Reservist kann auch die klaren Aussagen zur Traditionspflege begrüßen, die sich stützen auf:

- kritisches Bekenntnis zur deutschen Geschichte, Liebe zu Heimat und Vaterland, Orientierung nicht allein am Erfolg und den Erfolgreichen, sondern auch am Leid der Verfolgten und Gedemütigten,
- politisches Mitdenken und Mitverantworten, demokratisches Wertbewußtsein, Vorurteilslosigkeit und Toleranz, Bereitschaft und Fähigkeit zur Auseinandersetzung mit den ethischen Fragen des soldatischen Dienstes, Wille zum Frieden,
- gewissenhaften Gehorsam und treue Pflichterfüllung im Alltag, Entschlußfreude, Kameradschaft, Wille zum Kampf, wenn es der Verteidigungsauftrag erfordert.

Gemeinsam mit seinen aktiven Kameraden wird der Reservist die eigene Bundeswehrtradition in wichtigen Teilen weiter zu entwickeln haben, als da sind:

- Auftrag zur Erhaltung des Friedens in Freiheit
- Verzicht auf Feindbild und Haßerziehung
- kameradschaftliches Zusammenwirken mit allen Bündnissoldaten
- aktive Mitgestaltung der Demokratie als Staatsbürger in Uniform
- Kontaktbereitschaft zum zivilen Mitbürger
- Hilfeleistung für alle in zivilen Notlagen und Katastrophen im In- und Ausland.

Für unsere Soldaten sind Symbole dieses freiheitlichen Staates:

- die schwarz-rot-goldene Flagge
- unsere Nationalhymne für Einigkeit und Recht und Freiheit
- der Adler im Bundeswappen als Zeichen nationaler Souveränität
- das Eisernes Kreuz als Sinnbild für Tapferkeit, Freiheitsliebe und Ritterlichkeit
- der Diensteid und das feierliche Gelöbnis als ein Versprechen an den Bürger, seine Freiheit tapfer zu verteidigen.

Daher kann dienstlich kein Platz mehr sein für Verherrlichung von Nazisymbolen und Gedankengut einer Diktatur in der einige schuldhaft verstrickt und viele schuldlos mißbraucht wurden.

Dienstliche Kontakte (auch im Rahmen dienstlicher Veranstaltungen) sind daher zu Nachfolgeorganisationen der Waffen-SS, auch der HIAG, undenkbar geworden.

Mich erfüllt tiefe Zufriedenheit, daß der Verteidigungsminister Apel diese klaren Richtlinien, die endlich unserem modernen demokratischen Denken und Handeln gerecht werden, noch mit der Zustimmung aller Sozialdemokraten und Freidemokraten des Verteidigungsausschusses verabschieden konnte.

(-/ 20.9.1982/ks/rs)

Polemik ist nicht hilfreich  
-----

Nur Sachpolitik hilft der deutschen Bauwirtschaft

Von Klaus Daubertshäuser MdB

Obmann der Arbeitsgruppe Verkehr der SPD-Bundestagsfraktion

Die Bauwirtschaft in unserem Lande ist zweifellos in einer sehr schwierigen Lage die zu großer Besorgnis Anlaß gibt.

Wenn der Präsident des Hauptverbandes der Bauindustrie, Dr. Herion, jedoch jetzt erklärt: "Die Bauindustrie halte mit Investitionen zurück, weil sie auf einen Regierungswechsel in Bonn setze", muß man Dr. Herion fragen, ob er denn nicht weiß, wer eigentlich Auftraggeber im Straßenbau ist?

Sein eigener Hauptverband der Bauindustrie kommt zu folgender Aufteilung: 60 Prozent kommunale Träger, 25 Prozent Länder und 15 Prozent Bund. Bei dieser Ausgangsposition kann man die Aussage von Dr. Herion nur als sehr durchsichtiges, parteitaktisches Manöver werten und bedauern, daß er als Präsident eines Verbandes eindeutig die parteipolitische Neutralität verlassen hat.

Was jetzt nottut, auch und gerade im Interesse der von Dr. Herion vertretenen Unternehmen, ist das Einstellen auf eine realistische mittel- und langfristige Perspektive.

Dafür ist auch erforderlich, eine "Clearing-Stelle" zu schaffen, in der Bund, Länder, kommunale Spitzenverbände, der Hauptverband des Deutschen Baugewerbes und die Industriegewerkschaft Bau-Steine-Erden zu einem Informationsaustausch zusammenkommen, um Daten, Fakten und voraussichtliche Entwicklungstendenzen auszutauschen und notwendige Anpassungsprozesse frühzeitig zu koordinieren.

Darüber hinaus muß man klar sagen, daß die Verkehrsinvestitionen sich in einem Strukturwandel befinden. Im Straßenbau kann die stürmische Aufwärtsentwicklung und Erweiterung des Straßennetzes des letzten Jahrzehnts nicht in diesem Maße fortgesetzt werden, diese Phase ist aus vielerlei Gründen beendet.

Die Hauptaufgaben der kommenden Jahre im Straßenbau liegen in erster Linie in der Substanzerhaltung und der Qualitätsverbesserung. Diese Aussage darf jedoch nicht zu der irrigen Auffassung verleiten, deshalb könne man die Investitionsmittel im Straßenbau verkürzen. Das Gegenteil ist richtig. Nur ein verstetigtes, gleichbleibendes Investitionsniveau wird die jetzige Qualität unseres Straßennetzes sichern.

Für die Lage der Bauindustrie ist jedoch nicht nur die Situation im Bereich des Straßenbaus ausschlaggebend, man muß vielmehr die Verkehrsinvestitionen insgesamt sehen. Hier gibt es auch für die Bauwirtschaft Möglichkeiten der Diversifikation. Ich denke dabei an den öffentlichen Personennahverkehr und die Deutsche Bundesbahn. Die hier zu tätigen Investitionen sind überwiegend sehr viel arbeitsintensiver als neue Großbaumaßnahmen für Autobahnen.

Die Investitionen in das Streckennetz der Deutschen Bundesbahn weisen für die nächsten Jahre Zuwächse in Neubau- und Ausbaustrecken auf. Hier sind deutliche Steigerungsraten vorgesehen. Diese Investitionsentwicklung bei der Deutschen Bundesbahn muß auch um den Preis einer steigenden Verschuldung fortgesetzt werden. Wachsende Investitionen bei der Deutschen Bundesbahn sind unerlässlich, um die Produktivität bei der Deutschen Bundesbahn zu erhöhen. Auch hier liegen nicht zu unterschätzende Chancen für unsere Bauwirtschaft.

(-/20.9.1982/ks/ca)

+ + +



Arzt und Politiker  
-----

Vor 40 Jahren starb Julius Moses

Von Kurt Nemitz

Präsident der Landeszentralbank in Bremen

Am 24. September 1942, also vor nunmehr 40 Jahren, verstarb der frühere Reichstagsabgeordnete Dr. med. Julius Moses im Lager Theresienstadt.

Als die Nazi-Schergen den Abtransport anordneten, war Moses schon 74 Jahre alt. Die Strapazen des Lagerlebens, zusammengepfercht auf kleinstem Raum, hielt der geschwächte Körper nicht lange aus. In der Todesurkunde wird bescheinigt, daß die Beerdigung auf dem Ghettofriedhof am 27. September 1942 stattfand.

Trotz aller Demütigungen hatte Moses in den schweren Jahren nach 1933 den Lebensmut nie verloren. Sicher trug auch der Berliner Freundeskreis, zu dem der frühere Reichstagspräsident Paul Löbe, die spätere Berliner Bürgermeisterin Louise Schröder und die frühere Reichstagsabgeordnete Anna Nemitz gehörten, mit dazu bei, daß ein Gefühl der Vereinsamung trotz der furchtbaren Isolierung nicht zu einem beherrschenden Element wurde.

In den Jahren seiner ärztlichen und politischen Tätigkeit konnte sich Moses, besonders auch in Kreisen der Berliner Arbeiterschaft, großer Beliebtheit erfreuen. Als Arzt, der lange Jahre in Berlin-N. praktiziert hatte, kannte er die Sorgen und Nöte des einfachen Mannes. Sein politisches Wirken war von der Erkenntnis bestimmt, die er als Arzt der Armen gewonnen hatte. So manchen armen Schlucker behandelte er unentgeltlich. In seinem Ärzte-Wartezimmer prangte das Schild: "Edel sei der Mensch, hilfreich und gut ... drum öffne, wenn es klingeln tut!" Humor und Hilfsbereitschaft wurden bei ihm groß geschrieben.

Die Gesundheitspolitik der Weimarer Republik verdankt ihm entscheidende Anstöße. Nicht nur als gesundheitspolitischer Sprecher der SPD-Reichstagsfraktion, sondern auch als Mitglied des Reichsgesundheitsrates meldete er sich mit wichtigen Beiträgen zu Wort. Seine Anregungen zur Entwicklung der sozialen Hygiene sind vor kurzem von dem israelischen Historiker Daniel Nadav vom Institut für Deutsche Geschichte an der Universität Tel Aviv in einer umfangreichen Arbeit gewürdigt worden.

Wenn auch Moses in der ganzen Zeit seines öffentlichen Wirkens besonders auf den Gebieten der Gesundheitspolitik, der Sozialpolitik und der Wissenschaftspolitik tätig war, so hat er doch auch immer an der Arbeit innerhalb der Parteiorganisation der Sozialdemokratie aktiven Anteil genommen. So gehörte er zunächst - gemeinsam unter anderem mit Crispian, Dittmann und Anna Nemitz - dem Vorstand der USPD an. Nach der Vereinigung war er fast während der ganzen Zeit der Weimarer Republik Mitglied des Parteivorstandes der SPD.

Seine politischen Sporen hatte sich Moses schon viel früher, übrigens gemeinsam mit Rudolf Breitscheid, bei der Freisinnigen Partei und der Demokratischen Vereinigung verdient. Im Jahr 1898 hielt er, als Dreißigjähriger, auf der denkwürdigen Feier zur fünfzigsten Wiederkehr der Märzrevolution von 1848 in Berlin die Festansprache. Eine "nach Tausenden zählende Menge der Berliner Bürgerschaft" war erschienen. "Das





Fest", so heißt es in einem Pressebericht, "nahm einen glänzenden Verlauf, trotzdem oder vielleicht gerade weil der Hof des Bughenhagenschen Etablissements von einer kleinen Kompagnie der Berliner Schutzmannschaft besetzt war".

In den Jahren von 1903 bis 1910 gab Moses in Berlin den "Generalanzeiger für die gesamten Interessen des Judentums" heraus. Diese Zeitung, die erfreulicherweise nicht nur in Jerusalem, sondern auch in der Staatsbibliothek Preußischer Kulturbesitz in Berlin und in der Public Library in New York erhalten geblieben ist, findet in der historischen Forschung gerade in den letzten Jahren wieder starke Beachtung, weil in ihr auch jüdische Minderheitsgruppen, zum Beispiel der Ostjuden, zu Wort kamen. In ihrer Studie über "Jewish Activism in Imperial Germany" (Yale University Press 1978) geht Professor Marjorie Lamberti auf Moses und den Generalanzeiger ausführlich ein.

Im Jahre 1907 veröffentlichte Moses den Sammelband "Die Lösung der Judenfrage". Das wegen seines dokumentarischen Wertes heute noch oft zitierte Werk enthält unter anderem wichtige Äußerungen von Thomas Mann, Rainer Maria Rilke und Eduard Bernstein.

Den Schlußpunkt seiner Tätigkeit bei den Freisinnigen bildet 1908 eine Flugschrift mit dem Titel "Was hat der Blockfreisinn bisher für den Fortschritt in Deutschland geleistet?". Man schlägt die ansehnlich aufgemachte Broschüre auf.. und stößt auf leere Blätter. Antwort auf die Frage: "Nichts!"

Die schriftstellerische Leistung von Moses war beachtlich. Die Bibliographie für die Zeit von 1892 bis 1933 enthält über 200 Titel, darunter Bücher, Aufsätze in Zeitschriften, Zeitungsartikel, Reichstagsreden und öffentliche Vorträge.

In der vom Bildarchiv Preußischer Kulturbesitz im vergangenen Jahr zusammengestellten Ausstellung "Juden in Preußen" und in dem im Buchhandel erhältlichen hervorragenden Ausstellungskatalog ist die Lebensarbeit von Moses angemessen gewürdigt worden. Diese Ausstellung ist bisher in Berlin, Bonn und Hamburg gezeigt worden; sie wird voraussichtlich auch in Frankfurt, möglicherweise auch in Tel Aviv und New York zu sehen sein.

(-/20.9.1982/ks/hf/ca)

+ + +

Verantwortlich: Willi Carl

